

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verlehr monatlich 1.50 M. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtskasse Neuenburg. Zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Haberle & Co. Wildbad. : Postkassenkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 15 Pf., außerh. 20 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 40 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auktionserteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptverteilung Theodor Gsch. für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad



Nummer 21

Februar 1926

Mittwoch, den 27. Januar 1926

Februar 1926

61. Jahrgang

## Der weite Weg zur Abrüstung

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich nunmehr entschlossen, Vertreter in den Vorbereitenden Ausschuss für die Abrüstungskonferenz nach Genf zu entsenden. Es wird hierbei in Washingtoner Kreisen betont, daß diese Teilnahme Amerikas an der Konferenz keineswegs ein grundsätzliches Aufgeben der Politik der „Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten“ bedeute, ebensowenig hätten Vertreter Amerikas das Recht, einer amerikanischen Rüstungseinschränkung zuzustimmen, weil darüber nur der Kongreß zu entscheiden habe.

Diese lediglich Zwecken der eigenen Unterriehung dienende, mit allen Vorbehalten versehenen Teilnahme Amerikas an der Abrüstungskonferenz wird noch verständlicher, wenn man sich daran erinnert, daß der Kriegsminister der Vereinigten Staaten in seinem an den Präsidenten Coolidge gerichteten Jahrbuch erklärte, daß das heute aus 150 000 Offizieren und Soldaten bestehende amerikanische Heer nicht stark genug sei, seine Aufgabe zu erfüllen. Er schlägt vielmehr eine Verstärkung der amerikanischen Garnison in der Panamakanalzone und auf den Hawaiiinseln vor und befürwortet ein auf zehn Jahre verteiltes Programm für Befestigungsarbeiten und die Bereitstellung genügender Munition für zwei Feldheere von je einer Million Mann. Eine weitere Forderung betrifft die Bestellung modernster, weittragender Geschütze zum Schutz der amerikanischen Küsten und Hauptstädte. Es sind dies wahre Ungeheuer, die mit ihren 16 Meter langen Rohren von 30 Zentimeter Kaliber, auf eigens dafür eingerichteten Eisenbahnwagen aufgebaut, fürchterliche Wirkung mit der Möglichkeit schnellsten Ortswechsels verbinden.

Ein Blick auf die amerikanische Kriegsmarine läßt ebenfalls nicht den Weg zur Abrüstung erkennen. Das Hauptgewicht legt die amerikanische Marineleitung gegenwärtig auf eine mächtige, den modernsten Anforderungen entsprechende Ausrüstung der Kriegsflotte mit Flugzeugen. Der Uebermeerflug eines amerikanischen Marineflugzeuges nach Honolulu im Spätsommer des abgelaufenen Jahres hat, wenn auch das Ziel nicht ganz erreicht wurde, immerhin den Beweis erbracht, daß dieses Luftfahrzeug, mit fünf Mann an Bord, eine Strecke von 3500 Kilometer ohne Zwischenlandung durchfliegen konnte und bei stürmischem Wetter, gezwungen, auf das Wasser niederzugehen, nicht schiffbrüchig wurde. Gegenwärtig besitzt keine andere Marine Flugzeuge von einer derartigen Flugweite.

Welche Bedeutung dem Ausbau des Seekriegswesens in Amerika beigelegt wird, geht daraus hervor, daß es im abgelaufenen Jahr für seine Seestreitkräfte allein 500 Flugzeuge baute, von denen 224 des neuesten, zu den oben geschilderten Leistungen befähigten Typs in Dienst gestellt sind, so daß in den Vereinigten Staaten heute die Kriegsschiffe aller Gattungen mit modernsten Flugzeugen ausgestattet sind. Jedes Schlachtschiff verfügt über ein Jagd- und zwei Bombenflugzeuge, jeder Kreuzer über zwei Verfolgungsflugzeuge, 18 Torpedobootzerstörer führen je ein Jagdflugzeug an Bord, und es sind auch bisher 9 Unterseeboote mit kleinen zusammenklappbaren Eindeckern ausgerüstet. Die Krönung dieser mächtigen Luftrüstungen der amerikanischen Kriegsflotte bildet aber die Fertigstellung der beiden Riesenschiff-„Mutterschiffe“ Lexington und Saratoga, die bei einer Verdrängung von 33 000 Tonnen eine Stunden-Geschwindigkeit von 60 Kilometer entwickeln und deren jedes 72 Flugzeuge, darunter auch Bombenflugzeuge großen Maßstabs, an Bord führt.

Zur Vervollständigung des Bild der amerikanischen Rüstungen sei noch hinzugefügt, daß der Heeresaufwand für das Jahr 1926 335 642 000 Dollar und der Aufwand für die Kriegsmarine 332 869 000 Dollar betragen wird. Ueber den Aufwand für die Luftstreitkräfte fehlt eine zahlenmäßige Angabe, doch wird bemerkt, daß dafür etwas größere Summen als bisher vorgesehen werden, um das Material entsprechend zu ergänzen.

Nicht minder lebhaft werden die Rüstungen für den Luftkrieg in England betrieben. Das französische Blatt „Le Journal“ berichtete vor kurzem über ein ganz besonders leistungsfähiges neues Bombenflugzeug mittlerer Größe, das mit aller Beschleunigung den britischen Luftstreitkräften zur Verfügung gestellt wird. Die Hauptvorzüge dieser neuen, von den Franzosen als „furchtbar“ bezeichneten Maschine liegen nicht in großen Abmessungen, sondern vielmehr in ihren herorragenden technischen Eigenschaften. Der mittlere große Doppeldecker ist mit einem 650-PS-Motor versehen und befähigt, sich mit seinen Bombenlasten 4450 Meter hoch zu erheben und mit einer Stundengeschwindigkeit von 160 Kilometer aus dieser Höhe herabzugehen. Dieses Flugzeug führt zweierlei Bomben mit sich, von denen die kleineren unter dem innern Flügel und die größeren unter der Mitte des Apparats befestigt sind. Zwei Maschinengewehre und zwei kleine Geschütze vervollständigen die Ausrüstung des Flugzeuges, das nach Ansicht des Generalstabs der englischen Luftstreitkräfte den höchsten Anforderungen entspricht, um feindliche Flugwähe anzugreifen und England vor Fliegerangriffen zu sichern.

## Laesnieel

Der italienische Gesandte in Berlin, Bosdari, ist zu einer Besprechung mit Mussolini nach Rom abgereist.

Die Zahl der unterstühten Erwerbslosen ist am 15. Jan. auf 1 762 305 gestiegen, darunter 211 599 weibliche. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (Angehörige) beträgt 2 092 958.

Von den Vertretern der englischen Eisenbahner haben 36 für und 41 gegen den Streik gestimmt.

Der ungarische Feldbischof Zadovsch wurde seines Amtes enthoben.

So geht denn das Belrüsten bei den Siegerstaaten ungeschmälert seinen kostspieligen Weg weiter, und man kann sich daher nicht wundern, wenn man die diesen Vorbehalte fließt, mit denen die verschiedenen Staaten zu der Abrüstungskonferenz schreiten, von der zu befürchten ist, daß sie kein anderes Ergebnis zeitigen könnte als die Feststellung des weitestgehenden gegenseitigen Mißtrauens und die unbeantwortete gelassene Frage: Wann und wo fällt die nächste Entscheidung?

## Die Flottenmeuterei von 1917

Berlin, 26. Jan. In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Marinemeuterei im Weltkrieg erklärte zunächst Abg. Graf Schulenburg, er wisse die unerhörten Schmähungen gegen das Offizierskorps der alten Wehrmacht, die in dem Saal am 22. und 23. Januar gemacht worden seien, nachdrücklich zurück. Die Wehrmacht hat in hingebender todesmutiger Treue bis zu ihrer letzten Kraft vier lange schwere Jahre dem Ansturm der Feinde standgehalten und die Grenzen des Vaterlandes beschützt.

Darauf wird Vizeadmiral v. Trotha als Auskunftsperson vereidigt. Er widerlegt die Behauptung Dittmanns, als ob die Mannschaften der Marine auch in dringenden Fällen keinen Urlaub erhalten hätten. Admiral Scheer habe darauf gedrungen, daß auch die Strafanwendungen rückwärtsvoll gehandhabt werden. Außerdem sei durch Befehl vom 25. April 1917 eine weitgehende Milderung der Strafbestimmungen eingetreten. Der Prozentfuß der Bestrafungen sei bei der Kriegsstärke von 300 000 Mann nicht höher gewesen als in der Friedensstärke von 75 000 Mann. Abg. Ebert (Soz.) habe selbst im Ausschuss erklärt, daß aus der Marine verhältnismäßig wenig Beschwerden vorliehen. Abg. Rostke (Soz.), der längere Zeit an Bord des Kriegsschiffs „von der Lann“ war und die Verpflegung der Offiziere und Mannschaften kennen lernte, hat nachher keine Beschwerden vorgebracht. Der Unterschied zwischen der Verpflegung der Offiziere und Mannschaften betrug anfangs 1.15 Mark, verringerte sich aber nach und nach auf 25 Pf. An Brot, Fleisch und Fett bekamen die Mannschaften weit über das Doppelte, was die Stadtbewölkerung erhielt. Aber das konnten wir uns nicht gefallen lassen, daß die Sozialdemokratie die Menagekommissionen allmählich zu Parteigebilden ausbildete, die verbotene politische Versammlungen abhielten und über die Erzwingung des Verzichtfriedens und die Revolution sich unterhielten. Eine solche Versammlung am 23. Juli 1917 war mit den Worten geschlossen worden: „Auf, sprengt die Fesseln nach russischem Vorbild!“ In einer Versammlung im „Livoli“ am 1. August sei für die Unabh. Sozialdemokratie gewonnen und erklärt worden, nötigenfalls müssen die Mannschaften mit Gewalt gegen die Vorgelegten vorgehen. Die Unbotmäßigkeiten kamen aber immer nur vor bei Schiffen, deren Besatzung in Verührung mit der politisierenden Zivilbevölkerung kam, niemals bei Schiffen, die näher an den Feind heranliefen. Darum haben wir an unsere Besatzung geglaubt bis zuletzt.

Zum Flottenvorstoß erklärt v. Trotha: Ich wurde Chef des Stabs, als Admiral v. Scheer die Flotte übernommen hatte. Als daraufhin der Kaiser nach Wilhelmshaven kam, entwickelte Admiral v. Scheer den Plan des Flottenvorstoßes. Zunächst sollten kleine und immer größere Vorstöße eine Grundlage für einen Hauptstoß gegen die englische Flotte schaffen. Bei der Nähe der holländischen Grenze und dem Zustrom von zweifelhaften Leuten in Wilhelmshaven war die Gefahr groß, daß jede Bewegung in wenigen Stunden in Holland bekannt wurde. Die Vorbereitungen mußten daher strengstens geheimgehalten werden, denn es wäre sonst Gefahr gewesen, daß die englische Flotte vorbereitet der deutschen entgegengetreten wäre u. unsere Pläne so durchkreuzt hätte, daß uns eine große Verantwortung der Besatzung gegenüber getroffen hätte. Im Flottenstab von 20 Offizieren wußte nur ein Drittel um den Plan: mit einer starken Truppe in die skandinavische Küste und zu gleicher Zeit gegen die Themsemündung hineinzustößen und dort das ganze Zufuhrweien des Feindes aus den Angeln zu heben. Es war Pflicht der Flotte, der über alles hochstehenden kämpfenden Front unseres Landheeres beizustehen. Ich kann es nicht begreifen, wie in Zeiten eines solchen schmerz-

Kingens die starke militärische Kraft der Flotte im Hafen liegen bleiben konnte. Wir haben diesen Vorstoß nach halbjährigen Vorbereitungen fertig zur Hand gehabt, als eine Frage der Seekriegsleitung kam, ob die Flotte nicht etwas in dieser Richtung unternehmen könnte. Auf meine Anfrage an Admiral v. Levetzow, ob die Regierung unterrichtet sei, erhielt ich eine bejahende Antwort. — Abg. Dittmann: War die Regierung des Prinzen Max unterrichtet? — Abg. v. Trotha: Das wäre noch festzustellen. Wir hatten den Zeitgedanken, unsere Waffe mit aller Kraft anzuwenden, eine Entscheidungsschlacht aber nur unter günstigen Bedingungen anzunehmen. Wir alle waren der sicheren Ueberzeugung, daß wir der englischen Seemacht einen gewaltigen Stoß verfeht hätten. Noch nie waren wir zur See so stark wie damals, ehe der Vorstoß durch Volksverrat unmöglich gemacht wurde. Der englische Minister Churchill hat später gesagt: „Die Entscheidung des ganzen Kriegs hing an einem dünnen Fädchen, und wenn es zugunsten Englands rief, so haben wir das der deutschen Volkstimmung zu verdanken.“

Abg. Herz teilt mit, Herr v. Payer habe ihm geschrieben, er habe von dem Plan einer großen Seeschlacht gegen England nichts gewußt.

Sachverständiger General v. Kuhl: Schon von 1917 ab begie die deutsche Heeresleitung die begründete Vermutung, daß England unter Verletzung der holländischen Neutralität Truppen in Holland landen würde, um der deutschen Nordflanke in den Rücken zu fallen. Deutscherseits war bereits ein Aufmarschplan gegen diesen Angriff ausgearbeitet. Die Truppen, die hierzu nötig waren, haben dann bei der Verteidigung des Rückzugs gefehlt. Wenn in dieser Zeit ein Flottenvorstoß gemacht worden wäre, so wäre dies für die Front eine außerordentliche Beruhigung und geradezu eine Erlösung gewesen, selbst wenn die Flotte sich ruhmvoll hätte opfern müssen, statt daß sie nachher nutzlos und ehrlos ausgeliefert wurde.

Sachverständiger Prof. Delbrück: Am 20. Oktober (1918) ist der Landhoofkrieg eingestellt worden. Die Besprechung des Admirals v. Levetzow mit dem Kaiser Prinz Max von Baden muß also am 21. oder 27. Oktober stattgefunden haben. Am 26. Oktober hat aber der Kaiser die militärische Leistung unter die Zivilregierung gestellt. Es fragt sich, ob Prinz Max den Flottenvorstoß, der den diplomatischen Feldzug umstoßen mußte, nicht bloß durch Stillschweigen, sondern durch ausdrückliche Zustimmung gestilligt hat. Delbrück ruft mit größter innerer Bewegung aus: Tausendmal besser wäre es gewesen, die Flotte wäre in ruhmvollem Kampf untergegangen, als nachher diese Auslieferung nach dem Zusammenbruch!

Nachdem Admiral v. Trotha noch einige Fragen Dittmanns beantwortet hatte, wird die Sitzung geschlossen. Zur nächsten Sitzung in etwa 14 Tagen sollen weitere Sachverständige geladen werden.

Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, daß die Schrift des Abg. Dittmann, die die Ausschritt trägt: „Dargestellt auf Grund der Akten usw.“ den Anschein erwecke, als trage die Schrift amtlichen Charakter. Dies sei unzutreffend und irreführend. Der Schrift komme in keiner Weise amtliche Eigenschaft zu.

## Neue Nachrichten

### Reichsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 26. Jan. Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hat den einheitlichen Beitrag mit Wirkung vom 1. Februar bis auf weiteres auf 3 v. H. des Grundlohns festgelegt. Hiervon ist 1 v. H. des Grundlohns als Reichsanteil an die beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung befindliche Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, sobald er dort gebraucht wird. Der Reichsrat hat diesen Festsetzungen zugestimmt.

### Sperrgesetz für die Fürstenabfindung

Berlin, 26. Jan. Dem Reichstag ist ein Antrag zugegangen, der von den Regierungsparteien (mit Ausnahme der Bayer. Volkspartei) und der Reichl. Vereinigung eingebracht ist, alle Rechtsstreitigkeiten in der Fürstenabfindung auszuleihen, bis eine reichsgesetzliche Regelung ergangen ist. Das Sperrgesetz soll bis 30. Juni 1926 befristet werden.

### Verlängerung der Militärüberwachung

Paris, 26. Jan. Der Vorsitzende der Ueberwachungskommission in Berlin, General Walch, hat laut Havas an Marschall Foch berichtet, Deutschland habe wichtige Abrüstungsbestimmungen noch nicht erfüllt, es suche vielmehr eine Vermehrung der Polizei um 50 000 Mann zu erreichen. Dies mache eine beträchtliche Verlängerung der Ueberwachung wahrscheinlich.



## Das Programm der deutschen Not

Berlin, 26. Jan. Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht ein „Programm der deutschen Not“, in dem u. a. ausgeführt wird: Die Grundlagen des Damesplans haben sich als haltlos erwiesen. Wirtschaft und Lebenshaltung in Deutschland sind in immer stärkerer Maße zurückgegangen. Ein furchtbares Kennzeichen hierfür ist die Arbeitslosigkeit. Lasten des Reichs haben sich in einem einzigen Jahr infolge des Damesplans um über 1900 Millionen erhöht. Wir fordern die Reichsregierung auf, entscheidende handelspolitische Maßnahmen zu treffen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Produktion vor völliger Erliegen zu schützen. Aufgabe der Reichsregierung wäre es, der großen Kapitalarmut der heimischen Produktion durch angemessene Wirtschaftskredite zu etraglichem Zinsfuß zu helfen. Währung und Reichsbankpolitik müssen organische Bestandteile der deutschen Wirtschaft werden. Die Lebenshaltung der deutschen Landwirtschaft in den nächsten Jahren wird davon abhängen, daß die Preise der Agrarprodukte in ein gesundes Verhältnis zu den Preisen der Produktion gestellt werden. Die Produktion muß durch langfristige Kredite zu möglichem Zinsfuß tragbar gemacht werden. Als ein Hauptzweck aller öffentlichen Verwaltungen muß die Produktionsförderung erkannt werden unter Beschränkung des öffentlichen Aufwands. Der Anfang hierzu ist mit einer erheblichen Vereinfachung der Steuern und der Steuerverwaltung zu machen. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen müssen wieder zu Instrumenten der deutschen Wirtschaft werden. Zu verlangen ist die Erhaltung eines unabhängigen Berufsbeamtenstandes. Eingreifende Verfassungsänderungen werden in Reich und Ländern nicht zu umgehen sein. Eine grundsätzlich durchgeführte Sparpolitik erfordert auch eine Beschränkung der Zahl der Abgeordneten in den vielen Parlamenten. Die Sozialfürsorge und die Sozialpolitik muß unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft fortgesetzt werden.

## Eisenbahnerstreik in England?

London, 26. Jan. Die Eisenbahner haben verlangt, daß die neu einzustellenden Eisenbahner dieselben Löhne bekommen sollen, wie die seit Jahren im Dienst befindlichen Arbeiter. Die Eisenbahngesellschaften lehnten die Forderung ab. Die Eisenbahngewerkschaft will nun eine Abstimmung über einen Streik vornehmen.

## Kriegsleistungen Ibn Sauds

London, 26. Jan. „Daily Telegraph“ meldet aus Kairo: Blättermeldungen aus Hadaida besagen, daß Ibn Saud einen neuen Krieg vorbereite, der ihn im Fall eines Erfolgs zum Beherrscher der ganzen arabischen Halbinsel machen würde. Anlaß ist die Befehung des Gebiets von Assir durch den Aman Yahya. Ibn Saud soll den Emir von Assir unterstützen.

## Kürzung des amerikanischen Flottenhaushalts

Washington, 26. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat von den Forderungen für die Marine 4000 Mann, 9 Millionen Dollar für Flugzeugbauten und die Ausgaben für die Luftschiffstation Lakehurst gestrichen.

## Deutscher Reichstag

### Die Regierungserklärung.

Berlin, 26. Januar.

148. Sitzung. Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Kütz, Finanzminister Dr. Reinhold, Wehrminister Dr. Geyer, Arbeitsminister Dr. Brauns, Wirtschaftsminister Dr. Curtius, Verkehrsminister Dr. Krohne, Postminister Dr. Stinal, Ernährungsminister Dr. Haslinder, Justizminister Dr. Marx.

Das Haus und die Tribüne sind stark besetzt, ebenso die Diplomatengänge.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme der Regierungserklärung.

Der Reichskanzler ergreift sofort das Wort. Die Kommunisten empfangen ihn mit lärmenden Rufen. Man hört Worte wie „Geht raus!“ u. a. m.

### Reichskanzler Dr. Luther:

Die jetzt dem Reichstag vorgestellte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschieden war und die Versuche

zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition misslungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte, wenn auch nurmehr von einer Minderheit des Reichstags getragene Reichsregierung zustande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer Koalitionsregierung der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des hohen Hauses sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertretungsgrundlage geben will.

Schon am 19. Januar 1925, als ich dem hohen Hause eine Minderheitsregierung vorstellte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgesucht, die in staatsbeherrschender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollten. Die Regierung, die ich heute dem hohen Hause vorzustellen berufen bin, ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe nicht zur Regierung gehörender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer wirtschaftlichen Krise von großem Ausmaß die Geschäfte des Reichs sachgemäß und zum Nutzen des Volks führen kann.

In der Außenpolitik wird der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen.

Die jetzt zurückgetretene geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Entschließung des Reichstags vom 27. November 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zugunsten des besetzten Gebiets. Bei der bevorstehenden Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes wird die Reichsregierung alle Einzelfragen der Außenpolitik im hohen Hause erörtern und dabei die vorliegenden Anträge, Interpellationen und Anfragen einbeziehen. Ueber die Frage der Befähigungsstärke in der 2. und 3. Zone hat die dem hohen Hause bekannte Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 vorgelegen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll und zwar so, daß die künftige Befähigungsstärke sich den „Normalziffern“ nähert. Der Begriff der Normalziffern kann nicht anders aufgefaßt werden als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten, wie seinerzeit in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in lebhaftem Gang. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Was die Innenpolitik betrifft, so verweise ich auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe bezüglich Beamtenum, Beamtenrecht und der Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiete der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben, unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung gedenkt, eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit früheren regierenden fürstlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volk die Unerblichkeit eines Volkseinkommens ersparen möchte. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzuziehen sind. Der feste Wille zu solcher grundsätzlicher Sparsamkeit muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden sollen, nicht nur in der Verwaltung des Reichs, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken.

Die Lage ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß. Ihre Ueberwindung ist dringende Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Ausbietung aller geistigen und sittlichen Kräfte der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volks. Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzwirtschaftlichem und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, um die Erstarbung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitester Volksteile zu lindern. Alle Bemühungen um Verminderung der öffent-

lichen Abgaben finden auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Beschränkung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Belastungen, die wir infolge unserer Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten nach Möglichkeit auszugleichen, damit die Gesamtbelastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist.

Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschränkung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich um den Abbau wirtschaftshemmender und damit preisverteuernder Steuern weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breite Masse der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Ueberweisungen durch Zuschläge abgetost werden. Dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Daß ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und keinerlei Hinabgleiten in inflatorische Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich.

Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng begrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Reichsregierung mühte mit Beschleunigung die bäuerliche und Arbeiterfiedlung in den volkreicher Teilen des Offens fördern. Die allgemeinen Siedlungspläne sollen hierdurch nicht berührt werden. Für die Förderung des Wohnungswezens sind der Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen Wege gefunden werden, der nicht abzuleugnenden Ueberforderung des Bauens zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hauszinssteuer in diesen Bestrebungen unterstützt zu werden und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung erschwerter, langfristiger Hypothekendarlehen. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Marktlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigen und langfristigen Kredit.

Die Reichsregierung denkt dabei besonders auch an die Landwirtschaft, deren Kollage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Golddiskontbank wird der Landwirtschaft über die Rentenbankkreditanstalt ein beträchtlicher Zwischenkredit alsbald zugeführt werden. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Krediten allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Behebung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationsbetrieben werden. Die Erhaltung und soweit irgend möglich auch die Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft ist eine Lebensfrage des deutschen Volks.

Neben die notwendige Stärkung des Inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Steigerung der Ausfuhr. Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzuführen sind, müssen mit dem Ziel geführt werden, zur Befruchtung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angesichts der hohen Zölle, die im Ausland vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herabzudrücken. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergriffener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmungen beseitigt werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden; sie ist aber davon überzeugt, daß die eingeleitete Preislenkung mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien, und dadurch gerade auch die gesunden Kräfte, sowohl der Großwirtschaft wie des gewerb-

## Sein erster Erfolg

Kriminal-Roman von Walter Kabel

(35) (Nachdruck verboten.)

Dann brachte ihm seine stets vergnügte, lustige Hausfrau den Kaffee, und während sie das Zimmer aufräumte, schaute und plauderte sie unaufhörlich, erzählte ihm den neuesten Hausklatz, und schien es nicht zu bemerken, daß sie keine Antwort bekam. Werres war mit seinen Gedanken so gar nicht bei der Sache, denn Schweres stand ihm heute bevor.

Der Kriminalbeamte Groffe stellte sich pünktlich ein. Er hatte sein listiges Vogelgesicht in beinahe feierliche Falten gelegt. Der war über Bedenken, über Seelenkämpfe, wie sie Werres durchgemacht, längst hinaus. Er berichtete kurz, daß er die Bestellung an den Kommissar ausgerichtet und alles besorgt habe. Und dann fügte er hinzu: „Freuen tue ich mich auf diese Geschichte heute, Herr Doktor! Sie glauben gar nicht, wie dankbar ich Ihnen bin, daß ich mitmachen darf. Und die Hauptsache ist für mich, ich werde nun endlich erfahren, wie sie das alles so fein herausbekommen haben, — Sie ganz allein, — denn der Kommissar“, h — Groffe lächelte überlegen, — „der hoffte noch gestern, daß er von Tursti aus Scherwinden Nachrichten erhalten werde, die zur Verhaftung des Barons von Berg führen würden. Der wird Augen machen, denn bei ihm steht es fest, daß Herr von Berg an dem Morde beteiligt war. Außerdem hat sich der Herr Kommissar mit seinem Freunde und Vertrauten, — dem Behtent — erjährt. Der muß irgend eine große Dummheit gemacht haben und ist doch sonst so überglücklich.“

Werres mußte unwillkürlich lachen. Er dachte an die Szene im Restaurant Helsefisch zurück, wie Behtent so bedrückt fortgeschlichen war, nachdem er ihm so unzweideutig zu verstehen gegeben, daß er ihn erkannt und durchschaut hatte.

Inzwischen fuhr unten der Taxameter vor, den Werres durch Groffe hatte bestellen lassen. Er rief dem Kutscher eine Adresse zu und stieg mit Groffe ein. Schweigend saßen

sie nebeneinander, jeder mit seinen Gedanken beschäftigt. Dann hielt der Wagen.

„Sie bleiben sitzen, bis ich wieder komme“, befahl Werres kurz. Und dem Kutscher rief er nur zu: „Warten!“ Dann verschwand er in der Haustüre.

Groffe, der anfangs geglaubt hatte, die Fahrt ginge direkt nach dem Friedrichshagen Bankgeschäft, sah bald, daß sie die Straßen eines anderen Stadtteils kreuzten. Jetzt lehnte er sich hinab und schaute nach dem Hause, in dem der Doktor verschunden war. Der Wagen hielt in der Werterstraße vor dem Gebäude, in dem die Frau Rechnungsrat Schwarz wohnte.

„Was er nur da will?“ fragte sich der Beamte verwundert.

Werres hatte an der Türe oben geklingelt und dann durch die ihm öffnende Aufwärtlerin seine Karte hineingeschickt.

„Sagen Sie der gnädigen Frau, ich müßte sie unbedingt sofort sprechen“, hatte er bestellen lassen.

Er wurde unverzüglich in eine mit altmodischen Möbeln eingerichtete sog. gute Stube geführt und setzte sich mit leisem Seufzer in einen der verschossenen Sessel. Das Schwerste des Tages stand hier bevor, — das Allerwichtigste. Würde er die richtigen Worte finden, um seine Mission so durchzuführen, wie er stets vorgenommen hatte? Doch um seinen trüben Gedanken weiter nachzuhängen, blieb ihm keine Zeit. Die Türe öffnete sich und eine würdige, grauhaarige Matrone stand vor ihm. Der Leidenszug um ihren Mund schien sich nach den ersten Worten des Doktors noch zu vertiefen.

„Gnädige Frau, eine ernste, sehr ernste Angelegenheit führt mich zu Ihnen, — Sie werden deshalb verzeihen, daß ich Sie zu so früher Stunde belästige. — Die Sache läßt sich nicht aufschieben!“ Die alte Dame schaute ratlos und erschreckt ihren Besucher an und Werres fuhr rasch fort, ohne sie zu Worte kommen zu lassen: „Bitte, gnädige Frau, wollen Sie mir gestatten, an Ihre Fräulein Tochter einige Fragen zu richten!“

„Meine Tochter? — Was wollen Sie von ihr? Ich verstehe gar nicht —“

Die Matrone bemühte sich offenbar, ruhig zu erscheinen.

„Sie haben wohl auf meiner Karte gelesen, gnädige Frau, wer ich bin. Ich komme in amtlicher Eigenschaft zu Ihnen. Also wollen Sie, bitte, meinem Wunsch willfahren.“

Frau Schwarz hielt die Visitenkarte noch in der Hand. Sie überflog sie schnell.

„Amtlich? — Verstehe ich recht — der Herr ist von der Polizei?“ rief sie nun wieder erschreckt.

„Jawohl, gnädige Frau“, nickte Werres. Er zog seine Uhr. Es war wenige Minuten nach 11 Uhr. „Meine Zeit ist knapp, bitte, wollen Sie Ihre Fräulein Tochter herbiten“, meinte er höflich, aber bestimmt.

Kopfschüttelnd verließ die Dame das Zimmer. Werres stand unbeweglich und schaute starr vor sich hin. Nun kam das Schwere, vor dem ihm bangte. Gleich darauf trat ein junges Mädchen, gefolgt von der Mutter, über die Schwelle. „Doktor Werres“, stellte er sich selbst vor. Nachdem man Platz genommen, — Werres setzte sich so, daß sein Gesicht im Schatten war, — begann er ohne Umschweife: „Gnädiges Fräulein, gestatten Sie mir, daß ich direkt auf mein Ziel zugehe. Sie sind mit Herr Willert heimlich verlobt und — Ihr Bräutigam hat Ihnen vor kurzer Zeit etwas zur Aufbeahrung übergeben — bitte, wollen Sie mir diesen Gegenstand aushändigen!“

Die junge Dame war mit allen Zeichen namenloser Bestürzung und Verlegenheit aufgesprungen. Wie abwehrend streckte sie beide Hände aus, während die Mutter starr vor Staunen in ihrem Sessel saß.

„Mein Herr, wie kommen Sie dazu, — was soll das bedeuten?“ rief das Mädchen empört, ahnungslos.

„Gnädiges Fräulein“, Werres Stimme klang merkwürdig weich, — „bitte, behalten Sie Platz. Ich kann Ihnen keine näheren Erklärungen geben, — ich wiederhole es nur, was ich Ihrer Frau Mutter schon sagte: Ich komme in amtlicher Eigenschaft, als Beamter der Kriminalpolizei. Falls die Damen zweifeln, — bitte, hier ist meine Legitimation!“

(Fortsetzung folgt.)



lichen Mittelstands, in ihrer Lebensfähigkeit zu stärken. Besonders wichtig ist die abschließende Verabschiedung eines Gesetzes über die Befreiung der Geschäftsaufsicht. Der unverrückbare Zweck der Preisentlastungsmaßnahmen neben der Befreiung der Wirtschaftslage ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein Welterschulgesetz einbringen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfasst und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgelehnten Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer internationalen geregelten Arbeitszeit in Deutschland ist von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängig. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurzeit dem Reichsrat vorliegende Arbeitergerichtsgesetz weiter verfolgen wird. Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für Notstandsarbeiten an die Gemeinden und andere Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reichs und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage zuwenden, und feststellen, ob eine Verringerung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befürchtet werden. Die Regierung hofft, dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreiten zu können.

Damit habe ich in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgabe umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist und die es im Vertrauen auf die Unterstützung dieses hohen Hauses und des gesamten Volkes zu lösen sich bestreben wird. Je entschlossener und geschlossener alle Teile des Volks diese Arbeit unterstützen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Tüchtigkeit seines Volks gebührt. (Beifall in der Mitte.)

Die Rede wurde öfters von schmähdenden Zurufen der Kommunisten unterbrochen. Am Schluss wurde bei den Wölkchen und den Kommunisten gesehlt.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.) beantragte, daß der deutsch-nationale Antrag, der den Eintritt in den Völkerbund von verschiedenen Bedingungen abhängig macht, mit der Bepreisung der Regierungserklärung verbunden werde. Mit Ausnahme der Regierungsparteien stimmen alle Parteien zu. (Große Heiterkeit). Die Bepreisung der Regierungserklärung wird auf Mittwoch 1 Uhr festgesetzt.

Die Aussprache soll nur 2 Tage dauern, so daß am Donnerstag über die vorliegenden Anträge abgestimmt werden kann. Die Redezeit für jede Fraktion wird auf 1½ Stunden bemessen.

## Württemberg

Stuttgart, 26. Jan. Staatspräsident Bazille in Krankheitsurlaub. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Staatspräsident Bazille, der seit längerer Zeit an Grippe erkrankt war, ist durch die Nachwirkungen der Krankheit nunmehr genötigt, einen längeren Krankheitsurlaub zu nehmen.

Tagung des Landeseisenbahnrats. Der für die Zeit vom 1. Jan. 1926 bis 31. Dezember 1928 gebildete Landes-eisenbahnrat Stuttgart trat am 23. Januar zu seiner ersten Sitzung bei der Reichsbahndirektion zusammen. Präsident Dr. Sigel hob in seiner Begrüßungsansprache die langjährige verdienstvolle Tätigkeit des Spediteurs Rörpel-Ulm hervor. In den Reichseisenbahnrat wurden gewählt Fabrikant Dr. Jöpprich-Mergelstetten, Dekonomierat Feiner-Neuhaus und Sekretär Weimer-Stuttgart und in den ständigen Ausschuss Kommerzienrat Bader-Stuttgart, Direktor Bösch-Constatt, Abg. Dingler-Calw, Abg. Bengler-Stuttgart, Kommerzienrat Gminder-Reutlingen, Expedient Hanusch-Stuttgart, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager-Stuttgart, Schlossermeister Maier-Ulm, Dekonomierat Feiner-Neuhaus.

Präsident Dr. Sigel teilte mit, der Herbst- und Weihnachtverkehr sei im Direktionsbezirk Stuttgart wie im ganzen Reich bei der Reichsbahn so schwach gewesen, wie seit Jahren nicht. Im Dezember haben die Einnahmen die Ausgaben nicht gedeckt. Im Hinblick auf die Daves-verpflichtungen insbesondere sei die Reichsbahngesellschaft für die nächste Zeit von der größten Sorge erfüllt und auf größte Sparsamkeit bedacht. In der Aussprache wurde gewünscht, daß die verfügbaren Kilometerleistungen möglichst für Ausgestaltung des württ. Binnenverkehrs und erst in zweiter Linie für durchgehende Zugverbindungen verwendet werden. Tarifserhöhungen sollen im Interesse der Wirtschaft unter allen Umständen unterbleiben.

### Aus dem Lande

Tübingen, 26. Januar. Die Brüder von Tessin freigesprochen. In dem Prozeß Tessin beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Manfred von Tessin wegen Mords oder Totschlags entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestrafen, da es sich nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, ob die Tötung mit vorheriger Ueberlegung ausgeführt worden sei. Bei Kurt von Tessin stellte der Staatsanwalt die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts. Am 6. Uhr wurde das Urteil verkündet. Beide Angeklagte wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß bei dem jüngeren Kurt v. Tessin ein Schuldbeweis nicht zu führen sei; eine Verabredung sei unwahrscheinlich. Damit solle aber die Frage überhaupt. Der Schuldverdacht gegen Manfred v. Tessin, für den immerhin gemächliche Gründe sprechen, könne als nicht vollkommen beseitigt erklärt werden.

Stuttgart, 26. Jan. Beamtenkrankenkasse. Nach Mitteilung der Regierung haben die in Württemberg gewährten Notstandsbeihilfen bisher ausgereicht, um Notstandsfälle aus Anlaß der Erkrankung von Beamten und ihrer Angehörigen zu beheben. Es ist auch in Aussicht genommen, die Mittel für diese Beihilfen zu erweitern. Im übrigen sind der württ. Regierung nähere Einzelheiten über die in Bayern geplante Beamtenkrankenkasse, insbesondere über ihre Ausgestaltung und ihre Leistungen nicht bekannt geworden. Es wurde deshalb eine Anfrage nach Bayern veranlaßt.

Amerikaner-Besuch. Der Williamsburger Sängerbund trifft am 10. Juli 1926 mit dem Dampfer „Berlin“ des Norddeutschen Lloyd in Bremen ein und wird auf seiner Reise durch Deutschland auch Stuttgart besuchen.

Markgröningen Olt. Ludwigsburg, 26. Jan. Ermittler Dieb. In einem hiesigen, von mehreren Familien bewohnten Haus wurden in letzter Zeit einige Hundert Mark gestohlen. Als Dieb wurde ein 15 Jahre alter Bäckerelehrling aus Birkenfeld ermittelt und dem Gericht übergeben.

Kleinlattbach Olt. Baihingen, 26. Jan. Nollandung. Nachmittags mußte unmittelbar bei unserem Ort, im sogenannten Seegut, ein Böhlinger Sportflieger infolge Motorendefekts notlanden. Nach mehr als 4stündigen Versuchen gelang es, die Maschine wieder in Gang zu bringen, sodas der Flieger nach vor Eintritt der Dunkelheit unter dem Subel der zahlreichen Zuschauer wieder aufsteigen und seinem Heimathafen zusteuern konnte.

Maulbronn, 26. Jan. Brand. In Sulzfeld sind Scheuer und Anbauten des Steuereintnehmers Pfefferte sowie Scheuer und Anbau des Landwirts Karl Nonnenmacher niedergebrannt.

Bartenstein Olt. Gerabronn, 26. Jan. Weidmannsheil. Förster Trips hat im heurigen Winter schon 8 Marder (4 Edel- und 4 Steinmarder) zur Strecke gebracht. — Im hiesigen fürstlichen Revier ist bereits ein Jungbär angetroffen worden.

Oberhausen Olt. Reutlingen, 26. Jan. Die beiden einzigen Kinder des Fabrikarbeiters Jakob Soos gerieten beim Spielen unter ein Auto und fanden den Tod. Ein anderer dreijähriger Knabe wurde schwer verletzt.

Schramberg, 26. Jan. Ein Ausbrecher festgenommen. In seiner elterlichen Wohnung hier wurde ein Bursche festgenommen, der vor 2½ Jahren aus dem Ludwigsburger Zuchthaus entsprungen und seitdem verschollen war. Er hatte noch 6 Jahre (von 8) abzuhängen wegen vieler Diebstähle usw. Er war auch an einer Schießerei auf hiesige Schulleute beteiligt gewesen.

Talheim Olt. Tuttlingen, 26. Jan. Brand. Das Sägewerk der Gebr. Irion ist abgebrannt. Das Feuer fand in den großen Holzvorräten reichliche Nahrung.

Schefflingen Olt. Blaubeuren, 26. Jan. Kirchenbau. Den Architekten Dipl.-Ing. V. Heppeler u. Co. in Ravensburg ist die Planung und Ausführung der neu zu erbauenden kath. Stadtpfarrkirche hier übertragen worden.

Biberach, 26. Jan. Schadenfeuer. In Fürmoos ist die Scheuer des Küfers Huber vollständig niedergebrannt.

Riedlingen, 26. Jan. Mordtötung eines Zigeuners. Lehten Samstag Abend schoß in Dürmentingen nach kurzem Wortwechsel der 18jährige Jäzauer Johann Reinhardt aus Hard l. H. den 60jährigen Zigeuner Georg August Reinhardt aus Sand l. C. mit einer Pistole in den Unterleib. Der Schwerverletzte erlag seinen Verwundungen. Der Täter verchwand nach dem Schuß in den nahen Waldungen.

## Kokales.

Wildbad, 27. Jan. 1926.

Ev. Volksbund. Vor einem zahlreichen und aufmerksamen Publikum sprach am Sonntag Abend Frau Dr. Helene Friz in der vom ev. Volksbund veranstalteten Versammlung über die Zeiterscheinung: Geburtenbeschränkung und Geburtenrückgang in Deutschland, eine Frage, die sowohl den Arzt, wie den Sozialpolitiker, wie den Theologen, wie überhaupt jeden Volkshilfsfreund aufs lebhafteste interessieren und beunruhigen muß. An der Hand eines wahrhaft erschütternden statistischen Materials stellte die Rednerin zunächst die Tatsachen selbst fest. Durchschnittlich ist die Geburtenzahl auf die Hälfte, in Berlin sogar auf ein Viertel zurückgegangen im Verhältnis zu vor 50 Jahren. In tiefgründigen Untersuchungen ging die Vortragende den Ursachen dieser Verfallserscheinung nach: Zunahme der Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, Wohnungsnot, wirtschaftliche Notlage, das läbliche Beispiel unserer westlichen Nachbarn, aber auch Bequemlichkeit, Furcht vor größeren Aufgaben, Verlagen des sittlich-religiösen Sinnes. Weit davon entfernt, wie manche meinen, der Emporzüchtung der Rasse zu dienen, handelt es sich im Gegenteil um einen Niedergang der Rasse. Eingehend wurde die Bewegung gewürdigt, die auf Abschaffung oder wenigstens Abschwächung der sog. Abtreibungsparagraphen des Strafgesetzbuches abzielt. Hätte sie Erfolg, so würde das Uebel ins Ungemessene wachsen. Bei aller Anerkennung der allgemeinen Notlage und bei aller Geneigtheit, manche Fälle milde zu beurteilen, wurde doch die Heiligkeit des leimenden Lebens als ein Grundsatz hingestellt, der — in Uebereinstimmung mit dem christlichen Sittengesetz — unangefastet bleiben muß. Nur in dringenden Ausnahmefällen, deren Feststellung dem gewissenhaften Arzt zusteht, ist ein Eingriff sittlich zu rechtfertigen. — An den fesselnden Vortrag knüpfte sich eine lebhaft besprochene, an der sich die Herren Ernst Fröhlich, Karl Treiber, Wilh. Willig und A. Fuchs beteiligten. Es wurde, bei wesentlicher Zustimmung zu der Stellungnahme des Vortrags, namentlich auf die schwere Notlage weiter Volkstreu hingewiesen, sowie auf das nicht immer gute Vorbild der sog. besseren Kreise, deren auch sonst vielfach zu beobachtender Mangel an sozialem Verantwortungsbewußtsein und an einer tiefer gehenden und weiter blickenden Volksgemeinnutze u. a. auch schon in der geringen Beteiligung zeigte, die der bedeutsame Vortragsabend gerade von dieser Seite gefunden hatte.

Ein Denkmal für Bismarck. Die Bismarck-Film G. m. b. H. hat nach langen Vorbereitungen mit Unterstützung aller Volkstreu dem genialen Alt-Reichskanzler ein würdiges Denkmal gesetzt. — Der Bismarck-Film ist überparteilich. Er ist kein Tendenzfilm und nicht das Werk einer einzelnen Partei, sondern der Ausdruck des ganzen Volkes. Der Film „Bismarck“ läuft ab Freitag, den 29. Januar im hiesigen Linden-Vieltheater.

Ueberrang von der Grundschule in eine mittlere oder höhere Schule. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch das Reichsgesetz vom 18. April 1925 ist bestimmt worden, daß im Einzelfall besonders leistungsfähige Schulkinder nach Anhören des Grundschullehrers unter Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach dreijähriger Grundschulpflicht zur Aufnahme in eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden können. Zur Durchführung dieses Gesetzes hat das württ. Kultusministerium eine Verfügung erlassen, die sich im wesentlichen auf die Richtlinien wendet, die mit den übrigen Ländern vereinbart worden sind und die im einzelnen bestimmt, daß Schülern und Schülerinnen der dritten Grundschulklasse unter bestimmten Voraussetzungen der

Ueberrang in die erste Klasse einer höheren Schule oder Mittelschule gestattet werden kann. Die Anträge der Erziehungsberechtigten müssen bis spätestens 15. Februar unter Angabe der Schule, in die das Kind übertreten soll, schriftlich beim Klassenlehrer der Grundschule gestellt werden. Die Aufnahme, über die die zuständige Oberschulbehörde entscheidet, erfolgt zunächst auf Probe. Die endgültige Aufnahme erfolgt im Lauf des Monats Juli auf Grund einer Aufnahmeprüfung.

Neuenbürg, 26. Jan. Siedlungskolonie für Tuberkulöse. Letzte Woche fand hier die Gründungsversammlung des Vereins für Tuberkulösensiedlungen e. V. unter dem Vorsitz des Dr. E. Dorn-Charlottenhöhe bei Calmbach statt. Die Versammlung wählte zu Vorstandsmitgliedern einstimmig Dr. Dorn-Charlottenhöhe und Fabrikant Doherr-Pforzheim. In den Siedlungen sollen offene Tuberkulöse, vor allem Kriegsbeschädigte, nicht nur Heilung von ihrem Leiden, sondern auch angemessene Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten finden.

Kriegsblinde und Randfant. Mit Hilfe der eingegangenen Spenden konnten bis jetzt 70 v. H. der Kriegsblinden in Württemberg mit Empfangsgeräten für den Rundfunkanschluß versehen werden. Der noch verfügbare Betrag wird voraussichtlich ausreichen, auch die übrigen Kriegsblinden mit den Geräten zu versehen. Auf Antrag bei der zuständigen Genehmigungsstelle können auch die Anlagegebühren erlassen werden.

## Rundgebung des Handwerks

Wie in anderen Städten des Reichs fand am Sonntag auch in Stuttgart in 3 gleichzeitigen Versammlungen im Siegle-Haus, im Stadtgarten und in der Staatsturnhalle eine große Rundgebung des schwäbischen Handwerks gegen den neuen Gelehtentwurf über den sog. Preisabbau statt, in dem das Handwerk ein Ausnahmegeleht gegen seine Organisationen erblickt. In den Versammlungen teilten sich Abg. Henne-Tübingen, Abg. Fischer-Stuttgart und Dr. Frey-Heilbronn. Anwesend waren Vertreter der württ. Regierung, der Parteien des Landtags, der Landwirtschaftskammer, des württ. Industrie- und Handelstags und der Stadt Stuttgart.

In der Versammlung im Siegle-Haus begrüßte der Vorsitzende der Stuttgarter Handelskammer, Stadtrat Wolf, die Erschienenen und teilte mit, daß die eingeladenen Minister infolge Verhinderung nicht hätten kommen können, dagegen Vertreter entsandt hätten. Abg. Henne schärferte zunächst den Werdegang der bisherigen ganz unklaren Preisabbaumaßnahmen der Reichsregierung, die im Volk nur trügerische Hoffnungen erweckt hätten und so aufgezogen gewesen seien, daß das Großkapital Zeit gehabt habe, die Öffentlichkeit über die wahren Ursachen der Teuerung zu täuschen. Die Reichsregierung hätte zuerst prüfen sollen, ob sie überhaupt die Macht habe, Länder und Gemeinden, alle Organisationen der Wirtschaft zu zwingen, die notwendigen Opfer zur Befreiung unserer Wirtschaft zu bringen. Statt dessen habe man den bequemsten Weg gewählt, durch ein Ausnahmegeleht gegen das Handwerk vorzugehen. Einer der Hauptpunkte der Teuerung seien die Preisbestimmungen und Zahlungsbedingungen der Syndikate und Kartelle, die von 400 im Jahr 1905 heute auf 3000 angewachsen seien. Wenn man bedenke, daß heute die Verwaltungskosten der Finanzämter ein Siebtel des gesamten Zahlungsmittelumschlags ausmachen und daß auf 34 Menschen in Deutschland ein Beamter komme, dann habe die Reichsregierung kein Recht, die Schuld der Teuerung auf andere abzuwälzen. Zuerst müsse der Verwaltungsapparat des Staats abgebaut werden. Am schärfsten seien die Paragraphen 2 und 4 des Entwurfs, da sie der Angeberei innerhalb des Handwerks Tür und Tor öffneten. Das beschämendste sei, daß gerade eine bürgerliche Reichsregierung diesen Entwurf eingebracht habe. Die württ. Regierung müsse den Entwurf ablehnen. Für Württemberg müsse weiter verlangt werden, daß das staatliche Preis- und Schiedsamt bestehen bleibe, die gewerblichen Räume des Handwerks von der Gebäude-entlastungssteuer befreit werden und der Wohnungsbau gefördert werde. Dagegen lehnen es die Handwerksorganisationen entschieden ab, ihre Mitglieder den Ortskrankenkassen zuzuführen.

Darauf sprachen einige Vertreter der politischen Parteien. Abg. Scheef erklärte namens der Demokratischen Partei, daß sie geschlossen hinter den Forderungen des Handwerks stehe. Derselben Erklärungen gaben ab Reichstagsabgeordn. Bickes für die Deutsche Volkspartei, Landtagsabg. Hiller für die Württ. Bürgerpartei und Reichstagsabg. Siller für die Deutsch-nationale Volkspartei, die im Reichstag einen Antrag auf Zurückziehung des Entwurfs eingebracht hat.

Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschiedenheit angenommen, in der die aus dem ganzen Land versammelten mehr als 7000 selbständigen Handwerker gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf schärfsten Einspruch erheben. Die württ. Regierung wird gebeten, das Handwerk im Kampf um die Erhaltung seiner Existenz zu unterstützen und im Reichsrat für Ablehnung des Entwurfs einzutreten. Der Entwurf diene nicht dem Preisabbau, sondern sei nur geeignet, die Handwerkerorganisationen zu erschlagen. Das schwäbische Handwerk stelle sich einem Preisabbau nicht hemmend entgegen, aber es sei zuerst notwendig, daß die Vorkriterien des Handwerks eine Preisobergrenze vornehmen und die Steuer- und Soziallasten auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Kronprinz in Doorn. Die holländische Regierung hat den Besuch des Kronprinzen in Doorn zum Geburtstag des Kaisers Wilhelm (27. Jan.) bewilligt.

Reise des Königs Alfons nach Amerika? General Primo de Rivera beschäftigt sich viel mit dem Gedanken einer Reise des Königs von Spanien nach Amerika, wo die 20 stammverwandten Staaten besucht werden sollen, damit neue Bande zwischen dem „Mutterland“ Spanien und Amerika geknüpft werden. Zuerst müßte allerdings erst ein Schiff gebaut werden, das der Würde dieser politischen Rundgebung entspricht. Und darüber wird wohl noch einige Zeit hingehen.

Entschädigungsfrage gegen das Reich. Die bekannte Holzfirma Gebr. Himelsoch hat gegen das Reich und die Staatsverwaltung von Preußen, Bayern und Hessen eine Schadenersatzklage angestrengt. Durch verfassungsmäßige Regierungsmassnahmen sei die Firma um 12 Millionen Mark geschädigt worden und habe 9 von 17 Zweigstellen aufgeben müssen. Der Streitwert wird zunächst auf eine Million Mark angegeben. Als gemeinsamen Gerichtsstand hat das Reichsgericht das Landgericht in Berlin bestimmt.

Der Fleischverbrauch in München betrug im Jahr 1925 rund eine Million Zentner. Ein großer Teil davon kommt natürlich auf den riesigen Fremdenverkehr.



Gegen die geplante Bahn auf das Nebelhorn machen sich nicht nur in Oberstdorf i. A., sondern in weiten Touristenkreisen Stimmen geltend. Das Nebelhorn ist leicht zu besteigen und hat schon lange Jahre ein gutes Gasthaus.

Die Herstellung von Stickstoff aus Luft, die bisher ein Geheimnis der deutschen Chemie war, soll einem Chemiker des Palmer-Laboratoriums in Princeton (Amerika) gelungen sein. 15 Fabriken sollen sich alsbald auf das Patent gestürzt haben. — Wenn wahr ist.

Exkommunizierung eines italienischen Professors. Nach einem Dekret der Inquisitionskongregation in Rom wurde der Professor der Kirchengeschichte an der Universität Rom, Ernesto Bonaiuti, exkommuniziert und allen Gläubigen geboten, ihn zu meiden.

Großes Fischsterben in der Tauber. Anfangs Januar war die Tauber unterhalb Rothenburg mit einer dicken Dorschdecke bedeckt. Hunderte von Fischen gingen dadurch ein. Wie festgestellt wurde, hatte der Besitzer eines Betriebs etwa 1000 Kg. noch aus der Kriegszeit stammendes, minderwertiges Teeröl auf einfache Weise beseitigen wollen, und in die Tauber geleitet. Der Besitzer sieht einer gerichtlichen Strafe und Leistung von Schadenersatz entgegen, da allein der am Fischbestand angerichtete Schaden mehr als 1000 Mark beträgt.

Das Märchen vom Rattenjoch. Kürzlich ging die Nachricht durch die Blätter, das Schloß Schwerinsburg bei Ducherow (Mecklenburg), dem Grafen Schwerin gehörig, das seit Jahrhunderten unbewohnt gewesen sei, sei von Ratten vollständig zerfressen worden. Wie nunmehr festgestellt wird, ist an der Meldung kein wahres Wort. Das Schloß ist bewohnt und befindet sich in bestem Zustand. — Es ist ein Jammer, wie leichtfertig heutzutage falsche Nachrichten, leider auch oft zu unfauberen Zwecken, in die Welt gesetzt werden.

## Handel und Verkehr

Deutscher Dollarkurs, 26. Jan. 4.20.  
Dollarkurs für 100 Mk. 98.90.  
Kriegsanleihe 0.233.  
Franz. Franken 131.50 zu 1 Pf. St., 27.04 zu 1 Dollar.  
Deutscher Geldmarkt, 26. Jan. Täg. Geld 5.5—7.5 v. H., Monatsgeld 8—9 v. H., Warenwechsel 7 v. H., Privatdiskont 6 v. H.  
Die Fremdenwohnabgabe in Tirol wurde durch Beschluß des Tiroler Landtags aufgehoben.  
Verbot ausländischer Geschäftsbetriebe in Südtirol. Die italienische Regierung hat Ausländern verboten, in Südtirol in einem Bereich von 30 Kilometern von der Grenze Handel oder ein Gewerbe zu betreiben.  
Erhöhung der Postgebühren in Frankreich. Entsprechend der Entwertung des Franken wird die Postgebühr in Frankreich für Briefe ins Ausland auf 1.25, für Postkarten auf 0.75 Franken erhöht.  
London—Paris in 3 Stunden. In den nächsten Tagen wird zwischen London und Paris ein neuer Flugdienst eingerichtet, mit dem man die Luftreise in 3 Stunden zurücklegen kann.

Stuttgarter Börse, 26. Jan. An der Börse herrschte heute allenthalben Zurückhaltung vor. Das Geschäft bewegte sich in mäßigen Grenzen und die Kurse waren im allgemeinen gut behauptet. Wesentliche Kursveränderungen sind nicht zu verzeichnen. Auch der Rentenmarkt verkehrte in ruhiger Haltung. Vorkriegs-Pfandbriefe und Staatsanleihen wurden ohne größeres Geschäft zu den unsehr gestrigen Kursen gehandelt. Sprozentige Reichsanleihe 0.235.  
Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Preisliste Getreidepreise, 26. Jan. Weizen märk. 24.20—24.80  
Roggen 14.90—15.60, Wintergerste 14.20—16. Sommergerste 14.20 bis 20.10, Hafer 15.70—16.90, Weizenmehl 39.50—35.75, Roggenmehl 29.50—24.50, Weizenkleie 11.25—11.50, Roggenkleie 9.75 bis 10.25, Raps 340 bis 350.

## Märkte

Stuttgarter Schlachtlehmarkt. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 55 Ochsen, 27 Bullen, 270 Jungbullen, 270 Jungrinder, 160 Kühe, 845 Kälber, 1148 Schweine, 4 Schafe, 0 Ziegen. Davon blieben unverkauft: 15 Ochsen, 2 Bullen, 50 Jungbullen, 50 Jungrinder, 33 Kühe, 45 Kälber, 75 Schweine, 0 Schafe, 0 Ziegen. Bestand des Marktes: mäßig, Ueberstand. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Ochsen: ausgewählte Tiere	43—46	Kälber: feinste Maß- u. beste Saugkälber	72—75
vollfleischige Tiere	32—40	mittlere Maß- und gute Saugkälber	64—70
fleischige Tiere	—	geringe Kälber	54—60
gering genährte Tiere	—	Schafe: Mastlämmer u. Wng. Sämmel	64—67
Bullen: ausgewählte Tiere	45—46	Weibschafe goldschafet mit Kopf	64—67
vollfleischige Tiere	39—44	vollfleischiges Schafschaf ge. schlachtet mit Kopf	34—58
fleischige Tiere	32—37	Schweine: über 240 Pfund: von 200—240 Pf. 78—79	
gering genährte Tiere	—	do. von 180—200 Pf. 76	
Jungrinder: ausgewählte Tiere	46—49	do. fleisch. u. 120—180 Pf. 72—75	
vollfleischige Jungrinder	39—45	do. unter 120 Pf. 58—75	
fleischige Jungrinder	30—37		
gering genährte Jungrinder	—		
Kühe: ausgewählte Kühe	28—38		
vollfleischige Kühe	16—26		
fleischige Kühe	12—16		
gering genährte Kühe	—		

Viehpreise. Ehingen: Farren 450—540, Kühe 400 bis 470, Kalb 500—530, Jungvieh 180—275. — Rosenfeld: Kühe 400—565, Farren 600—1005, Ochsen 400—500, Kalbinnen 450 bis 595, Jungvieh 140—400. — Ravensburg: Farren 44 bis 46, Ochsen 42—45, Kühe 29—30, Kalb en 45—48, Rinder 40 bis 46, Kälber 60—66 Mark für 1 Ztr Lebendgewicht.

Schweinepreise. Ehingen: Ferkel 25—35, Käufer 60 bis 75, Mutter Schweine 220—260. — Ellwangen: Saugschweine 30 bis 40, Käufer 60—70. — Laingen: Saugschweine 30 bis 40, Käufer 50—75. — Rosenfeld: Milchschweine 28—40. — Ravensburg: Ferkel 25—38, Käufer 50 bis 70. — Saugau: Ferkel 34—38, Käufer 84 Mark das Stück.

## Bartererraum

(ev. auch Barterezimmer), wenn auch in einer Nebenstraße für Geschäftszwecke zu mieten gesucht. Angebote unter M. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Ladenlokal gesucht

von seriösem, dem Grafen Geschäftsmann bei zeitgemäßer, jedoch nicht zu hoher Miete für Spezialgeschäft.

Gefl. Angebote unter Nr. 1000 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Donnerstag, den 28. Januar 1926.

Vorführung des berühmten Films

## „Die weiße Kunst“

in der Turnhalle nachmittags 5 Uhr für die Schüler, abends 8 Uhr für Erwachsene.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ oder Lachzeitung „Fip“ gratis!  
Preis ½ Pfd. nur 50 Pfg.



MARGARINE

# Rahma

buttergleich

Volles Buttergenuss, aber nur halber Butterpreis!

Wildbad.  
Wir haben etwa 30 Zentner Heu und Dehnd zu verkaufen. Angeb. bis spätestens 1. Febr. ds. Js. an die Badverwaltung

## 500 Mark

gegen gute Bürgschaft vorläufig. Geschäftsmann aufzunehmen gesucht. Zu erf. in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Ronnenmisch.

## Läufer Schwein

hat zu verkaufen Katharine Günthner.

## Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten günstig an Private. Katal. 2362 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

**LIEDERKRANZ**  
Heute abend 8 Uhr  
**Singstunde**  
im Lokal  
Der Vorstand.

**Turn-Berein**  
Wildbad.  
Heute abend 8 Uhr  
**Turnerinnen**

**Würthofener Wurmkur**  
ist ein gutes Mittel bei Spul-, Maden- u. Bandwürmer  
Niederlage:  
Med.-Drogerie A. & W. Schmit.

**Mallenmord!**  
„Rattin“ das beste Venichtungsmittel der Welt geg. Ratten u. Mäuse.  
Unschädlich für Haustiere  
Unschädlich für Menschen.  
Tötet nur Ratten und Mäuse, aber in einer noch nicht dagewesenen Weise.

Millionen von Privatpersonen u. viele Behörden, Stadt- u. Staats-Verwaltungen haben sich von der verheerenden Wirkung dieses vorzüglichen Präparates überzeugt.  
In tausenden von Fällen sind auf den verschied. Gutshöfen, Schlachthöfen usw. in einer einz. Nacht b. zu 150 Ratten zu Grunde gegangen.  
„Rattin“ räumt furchtbar unter den Ratten auf und sind diese wie weggeblasen.

1 Dose nebst genauer Gebrauchs-Anweisung und Garantieschein für sicheren Erfolg Mk. 4.90, exkl. Porto und Nachnahmegebühr.  
Westfälische Desinfizier- und Ungeziefer-Vernichtung-Anstalt  
**H. Meyer, Dortmund**  
Düppelstraße 26, Fernruf 3120



## Bismarck

Der Film der Deutschen

## Linden-Lichtspiele

Freitag bis einschl. Montag, jeweils abends 7/9 Uhr  
sowie Sonntag nachmittag 4 Uhr  
Samstag und Montag nachmittag, jeweils 4 1/2 Uhr  
**Schüler-Vorstellung**  
Das größte deutsche Filmwerk  
Neun äußerst spannende Akte  
Jeder Deutsche sollte diesen Film gesehen haben

Dazu ein Beiprogramm und die „Ufa-Bohenschau“

Infolge der enormen Kosten eine kleine Preiserhöhung  
Preise der Plätze: Loge 2, 1. Platz 1.40, 2. Platz 0.90 Mk.  
Preise für die Schüler-Vorstellung 30 und 50 Pfennig.  
Infolge des zu erwartenden Andranges ist es angebracht, Karten im Vorverkauf (Wirtschaftslokal „Alte Linde“) zu lösen, sowie auch die Sonntagnachm.-Vorstellung zu besuchen.

**Große Geldlotterie**  
zu Gunsten der St. Fideliskirche in Stuttgart  
Ziehung am 24. Februar 1926  
Preis des Loses 1 Mark

**1. Württemberg. Geld- und Pferde-Lotterie**  
Ziehung am 17. März 1926  
Preis des Loses 1 Mark

Zu beziehen durch die Tagblatt-Geschäftsstelle.

**Echte Lindener Samte**  
für Konfirmanden- und Gesellschaftskleider zu billigsten Preisen empfehlen  
**Geschwister Horkheimer**

**Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband.**  
Am Samstag, 30. Januar 1926, abends 7 1/2 Uhr findet im Gasthaus zum Wilden Mann die

**General-Versammlung**  
statt. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Vollzähl. Erscheinen wird erwartet. Der Ortsauschuß.

Nur wiederholte Injunkte haben Erfolg!

Aufsehen erregende Neuheit!  
**Graue Haare**  
verschwinden durch HAZINOL Haarwurzelsaft. Kein Brechen u. Ausfallen der Haare mehr,  
wirkt sicher!  
Preis à Flasche b. Vorkasse Mk. 3.50 durch Nachnahme Mk. 4.50  
**ZIEGLER & NÜRNBERG**  
Maffeiplatz  
(Viele Dankschreiben)

## Pfannkuch

Frisch eingetroffen:  
**Kabeljau**  
Pfd. 52 Pfg.  
frisch gewässerte  
**Stockfische**  
Pfd. 32 Pfg.

Feinste  
**Güßbücklinge**  
Pfd. 40 Pfg.

## Pfannkuch